

AGEZ-PRESSEAUSSSENDUNG

G8-Gipfel: Ein Schritt in die richtige Richtung, doch nicht weit genug für eine historische Entscheidung

Wien, 8. Juli 2005 – Die in der AGEZ zusammengeschlossenen entwicklungspolitischen NGOs begrüßen zwar die Entscheidungen des G8-Gipfels in Gleneagles als ersten Schritt in die richtige Richtung, doch fällt ihre Bilanz nüchtern aus: mit dieser Initiative der reichsten Länder sind die weltweiten Probleme im Bereich der Armutsbekämpfung keineswegs gelöst.

Entwicklungszusammenarbeit: „Die beschlossene Erhöhung um 50 Mrd. Dollar bis 2010 ist erstens nicht vollständig frisches Geld, da teilweise auch schon beschlossene Schuldenerlässe eingerechnet sind, und zweitens entspricht dies nur einem Durchschnitt von 0,36% des Bruttonationaleinkommens“, zeigt sich Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin, enttäuscht. Diese 0,36% stellen damit nur die Hälfte des UN-Ziels von 0,7% dar, zu dem sich die Länder schon seit 35 Jahren bekennen. Kanada, USA und Japan brachten keine Zeitpläne zur Erreichung der 0,7% zustande. Laut UN sind die G7-Länder heute reicher aber keineswegs großzügiger als im Jahr 1990. Seither hat sich das Bruttonationaleinkommen pro Kopf in den G7-Ländern um 8.000 Dollar erhöht, während die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit pro Kopf zurückgingen.

Entschuldung: Es ist zu begrüßen, dass die reichsten Industrieländer endlich einen Beschluss zur Entschuldung von 18 Ländern gefasst haben, doch dies ist zu wenig. Von einer nachhaltigen Lösung der Verschuldungsproblematik kann noch keine Rede sein. Der 100prozentige Schuldenerlass bezieht sich nur auf die Weltbanktochter IDA, Afrikanische Entwicklungsbank und Internationalen Währungsfonds, darüber hinaus gibt es aber 19 weitere multilaterale Institutionen bei denen sich Entwicklungsländer verschuldet haben. Für Bolivien beispielsweise bedeutet dieser „100prozentige Erlass“ nur eine 24prozentige Schuldenreduktion. Im Bereich Entschuldung braucht es strukturelle Änderungen: statt karitativer Pauschalerlässe muss der Erlassbedarf auf Basis der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Erreichung der Millenniumsziele (Halbierung der weltweiten Armut bis 2015) berechnet werden. Es braucht ein Verfahren, damit die Länder nicht erneut Schulden anhäufen. Ein Vorschlag ist ein Insolvenzverfahren für Staaten, wo Gläubiger, Schuldner und eine neutrale Instanz gemeinsam Schuldenregelungen treffen sollen. Weiters fordern die NGOs die Abschaffung von neoliberalen Konditionen, die mit dem Schuldenerlass verbunden sind, also wirtschaftspolitische Vorgaben wie Privatisierung und Liberalisierung. Die Entwicklungsländer benötigen mehr Autonomie bei der Wahl ihrer Entwicklung. Im Falle von Korruption sind Bedingungen wie Good Governance aber notwendig. (Die AGEZ-Bewertung des Schuldenerlass ist im Detail auf www.agez.at unter „Positionspapiere“ nachzulesen).

Klimaschutz: Beim Kampf gegen den Klimawandel haben sich die G8-Länder nur auf einen unverbindlichen Aktionsplan verständigt. Darin sehen die NGOs eine große verpasste Chance, denn gerade Hunger und Seuchen in Afrika stehen auch in Zusammenhang mit dem fortschreitenden Klimawandel. Armutsbekämpfung und Klimaschutz hängen eng zusammen und deren Umsetzung ist notwendiger und dringender denn je. Diese Einsicht hatte der G8-Gipfel leider nicht.

Rückfragenhinweis:

Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin; Tel: 01/317 40 16; 0699/107 66 216